

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

und Anzeiger

Erscheint jeden Sonntag nachmittags. — Fernsprecher Nr. 11. Postfach Nr. 23. — Gemeindefunktionäre 14. — Amtsleiter 15. — Anzeigenpreise nach Anzeigenbuch. — Anzeigenpreise nach Anzeigenbuch. — Anzeigenpreise nach Anzeigenbuch.

Der Kassen, Konten, Postkassen usw. sind der Redaktion zu übersenden. — Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Rücksendung von Briefen. — Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Rücksendung von Briefen.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Güttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Mülsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenschursdorf, Reichenbach, Callenberg, Grumbach, Kirchheim, Ruchnappel, St. Egidien, Wäldenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchdorf.



Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortsgemeinden.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Nr. 253

Der Preis der einwöchigen Anzeigen beträgt 15 Pf. der Restlages 45 Pf. pro Woche. Für den Abdruck werden 15 Pf. pro Spaltenzelle berechnet.

Donnerstag, den 29. Oktober 1925

Wesenspreis halbjährlich 80 Goldmark, eintätlich 40 Goldmark.

75. Jahrg.

Der Reichskanzler über Locarno

Eine Rede in Essen

Reichskanzler Dr. Luther begab sich gestern mittag 2 Uhr in einem Flugzeug der Junkerswerke von Berlin nach Essen. Er ist 6.40 Uhr glatt auf dem Flughafen „Kuhlemburg“ gelandet und von Oberbürgermeister Dr. Bracht und Oberbürgermeister Dr. Bembke-Mülheim empfangen worden. Die Herren begaben sich im Auto sofort nach Essen.

Am Abend hielt der Kanzler im Rahmen der Medizinischen Woche im dicht gefüllten Essener Saal eine große politische Rede, über die, da sie noch nicht im Wortlaut vorliegt, folgende offiziöse Auslassungen gegeben wurden.

Der Reichskanzler wies eingangs seiner Rede auf die Bedeutung der Essener „Medizinischen Woche“ als kulturvermittelnde Einrichtung, sowie auf die besondere Bedeutung des Ruhrbezirks für die arbeitende deutsche Wirtschaft hin. Als Thema für seine Betrachtungen habe er die Frage gewählt: Was bedeutet Locarno? Gliederung und Ausbau des Vortrages wolle er im Rahmen der Medizinischen Woche anpassen an die medizinischen Begriffe Gesundheit und Prognose.

Vor dem Kriege sei die Grundlage für die politische Gestaltung Europas das System der Gleichgewichtsverhältnisse gewesen. In der Nachkriegszeit sei durch die Schaffung von zwei Kategorien von Staaten, die Entwaffneten und Bewaffneten, das Gleichgewicht zerstört worden.

Aufgabe der deutschen Nachkriegspolitik sei, Deutschland als gleichberechtigten Faktor in das europäische Staatensystem wieder einzufügen. Gleichberechtigung sei Voraussetzung für jede fruchtbare Mitarbeit an den großen gemeinsamen Aufgaben.

Die außenpolitischen Sorgen, die das deutsche Volk bewegen, knüpfen zunächst als Grundlage an die allgemeine Entwaffnung an, die im Vertrag von Versailles als Grundprinzip aufgestellt sei. Auch in Locarno habe die Frage der Entwaffnung eine wichtige Rolle gespielt.

Das oberste Ziel von Locarno sei aber die Schaffung von Sicherungen für den Frieden. In diesem Zweck diene in erster Linie der in Locarno weitestgehend verwirklichte Gedanke des Schiedsverfahrens.

Der Reichskanzler gab anschließend eine eingehende Darlegung des Sicherheitspaktes unter besonderer Betonung einzelner die Öffentlichkeit besonders interessierender Probleme.

Das Schiedsgerichtssystem habe sich in den Erörterungen in London und in Locarno als das geeignetste und wirksamste Mittel zur Sicherung des Friedens bewährt.

Der Reichskanzler erwähnte alsdann die einzelnen Bestimmungen des Sicherheitspaktes, beginnend mit der Präambel und danach übergehend zu den Vorschriften des Art. 1 und 2, deren Inhalt für das Rheinland und Ruhrgebiet von besonderem Interesse sei. Auch die damit im Zusammenhang stehenden Vorschriften der Völkerbundsatzung wurden zur Erläuterung mit herangezogen, insbesondere diejenigen, die bei Konflikten zwischen den Staaten der Bestimmung des Angreifers und der Regelung von Rechten und Pflichten der Beteiligten dienen.

Was die Disputfrage anbelange, so sei hier im Hinblick auf die Führung der deutschen Westgrenzen eine andere Lage gegeben als im Westen. Aber auch hier stehe das Friedensziel, wie in der Präambel zu den Disputverträgen zum Ausdruck kommt, im Vordergrund.

Die in Locarno getroffenen Abmachungen zwischen Frankreich und Polen bzw. der Tschechoslowakei hielten sich genau an die im Völkerbundspakt getroffene Regelung. Wozu noch von deutschen Standpunkt hinzu kommen, daß bei etwaigem Eintritt des Garantiefalles die englisch-italienische Garantie zu Deutschlands Gunsten mittelbar wirksam werden könne.

Zur Frage des Artikels 16 der Völkerbundsatzung wies der Kanzler auf die Beziehungen Deutschlands zu Ausland hin, die, wie der jüngst geschlossene deutsch-russische Handelsvertrag beweise, durch das Wert von Locarno keine Minderung erlitten hätten. Die Stellungnahme Deutschlands zum Artikel 16 sei bestimmt durch die besondere Lage Deutschlands in bezug auf den militärischen Rüstungsstand und durch seine geographischen Verhältnisse.

Der Reichskanzler berührte im Zusammenhang auch die übrigen, mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zusammenhängenden Fragen.

Anschließend ging der Reichskanzler zur Prognose über, zur Betrachtung der Frage, wie sich das in Locarno Erreichte in der Zukunft auswirken werde. Hier stellte er den Gesichtspunkt in den Vordergrund, daß ein Erfolg nicht deswegen abgelehnt werden könne, weil er nicht alle gehegten Wünsche erfülle.

Der Weg zum Aufstieg sei mühselig und langsam. Ein Rückblick auf die vergangenen Jahre ergebe jedoch, daß ein positiver und ständiger Fortschritt festzustellen sei. In dieser Beziehung komme dem Artikel 6 des Sicherheitspaktes besondere Bedeutung zu. Hier sei in der Einfügung des Schiedsvertrages über die Regelung des Londoner Abkommens hinaus ein bedeutender Fortschritt erzielt. Die besondere Bedeutung des Artikels 20 des deutsch-französischen Schiedsvertrages werde in diesem Zusammenhang erläutert. Der Reichskanzler stellte sich alsdann mit den Einwänden und Bemängelungen auseinander, welche gegen das Wert von Locarno laut geworden seien, und wies abschließend auf die großen allgemeinen Gesichtspunkte hin, die bei Betrachtung des Wertes von Locarno im Rahmen der Weltpolitik und der Weltwirtschaft in Betracht gezogen werden müßten.

Zur Frage der Rückwirkungen unterstrich der Kanzler mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der Schaffung einer Grundlage, auf der dem schwergeprüften deutschen Volke Vertrauen in die gemachten Zusicherungen und Glauben an den Frieden der Zukunft erwachsen könne. Es bestche kein Zweifel daran, daß, wenn die Rückwirkungen in Sonderheit hinsichtlich der Rheinlandfrage, in dem Sinne behandelt würden, der die logische Auswirkung der Verhandlungen in Locarno darstelle, dann eine große Mehrheit des deutschen Volkes dem Vertrag von Locarno zustimmen werde.

Demgegenüber sei es eine Frage von nachgeordneter Bedeutung, in welcher Weise dieser sichere deutsche Volkswille seinen endgültigen Ausdruck finde. Sei es im Parlament, wie es jetzt bestche, sei es durch Befragen des Volkes selber. Allen deutschen Parteien rufe er, der Reichskanzler, zu, daß es sich jetzt darum nicht handele, Politik im gewöhnlichen Sinne des Wortes zu machen, sondern, daß das deutsche Volk jetzt vor geschichtlichen Aufgaben stehe. Daß eine außenpolitische Entscheidung von solcher Tragweite hinterher auch tiefe Spuren in die gesamte politische Entwicklung eines Volkes trage, entspreche aller geschichtlichen Erfahrung. Er, der Reichskanzler, werde seine ganze Kraft daran setzen, daß die großen außenpolitischen Fragen wirklich reif würden zur Entscheidung durch das deutsche Volk. Das sei seine Aufgabe im Dienste des ganzen deutschen Volkes, das höher stehe, als irgendwelche Parteigesichtspunkte. In dieser Stadt, so schloß der Reichskanzler, in der ich die Ehre und das Glück gehabt habe, als Oberbürgermeister zu walten, wird jedermann, daß der gegenwärtige Reichskanzler Parteigesichtspunkte nicht kennt, aber ich glaube an Deutschland!

Spätere Einberufung des Reichstages?

(Glaube Drabmeilung)

Berlin, 29. Oktober

In den parlamentarischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, Reichskanzler Dr. Luther sei entschlossen, den Reichstag erst nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages in London gegen Ende Dezember einzuberufen. Das gegenwärtige Reichskabinet sei der Meinung, daß die augenblicklichen parlamentarischen Schwierigkeiten es der Regierung unzulässig machen, vor dem 1. Dezember eine klare parlamentarische Entscheidung herbeizuführen. Infolgedessen werde der innenpolitische Kampf im Reichstag erst dann zur Austragung gelangen können, wenn die Unterzeichnung bereits erfolgt ist. Der Reichskanzler soll angeblich der Auffassung sein, daß bis dahin die Möglichkeit gegeben wäre, mit den Deutschnationalen zu einer befriedigenden Einigung zu gelangen.

Die Demokraten gegen Luther und für Marx

(Glaube Drabmeilung)

Berlin, 29. Oktober

Aus demokratischen Kreisen erfahren wir, daß die demokratische Reichstagsfraktion unter keinen Umständen bereit sein würde, der Regierung Luther beizutreten. Nach Auffassung der demokratischen Führer werde es notwendig sein, die Parteien des Weimarer Volksbundes zu einem gemeinsamen Vorgehen zu vereinigen. Der frühere Reichskanzler Dr. Marx sei jetzt derjenige Mann, der in der Lage sein würde, die Lage reiflos zu klären. Nach dieser Richtung hin werden die demokratischen Führer in den nächsten Tagen dem Zentrum bestimmte Vorschläge unterbreiten.

Die Sozialdemokratie wünscht Auflösung des Reichstages

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Mittwoch zur Prüfung der politischen Lage zusammen. Er gab nach etwa zweistündiger Beratung folgenden Bericht aus: Der Vorstand war einmütig der Auffassung, daß sich durch Austritt der Deutschnationalen Minister an der Schärfe der Opposition der Sozialdemokratie gegen die Regierung Dr. Luther nichts geändert hat. Der Austritt der Deutschnationalen beweist nur, daß es unmöglich war, mit dieser Partei eine den deutschen Interessen entsprechende auswärtige Politik zu führen. Die Sozialdemokratie kann nicht daran denken, die Deutschnationalen aus der Verantwortung zu entlassen und in diesem Reichstag den Vertrag von Locarno, in dem sie den großen Erfolg ihrer eigenen außenpolitischen Richtlinien erblickt, gegen die deutschnationalen Stimmen zu ratifizieren.

Sie sieht den geeigneten Weg zur Lösung der Krise in der Befragung des Volkes vermittelst der Auflösung des Reichstages. Der Fraktionsvorstand wird die Reichstagsfraktion zum Freitag, den 6. November, einberufen, um zur Situation, insbesondere zur Frage des Zusammentritts des Reichstages, Stellung zu nehmen.

Graf Kanitz über die Lage der Landwirtschaft

(Glaube Drabmeilung)

Berlin, 29. Oktober

Der Reichslandbund hielt gestern im ehemaligen Herrenhause eine erweiterte Vertikalenversammlung ab mit der Tagesordnung:

Die gegenwärtige Lage der deutschen Landwirtschaft und ihre Rückwirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft

Es wurde der Versammlung eine Entschließung vorgelegt, in der die Regierung aufgefordert wird, aktiv einzugreifen, wenn angesichts der drohenden Wirtschaftskatastrophe noch Hilfe möglich sein soll. Vor allem sei notwendig ein energieloses Einwirken der Regierung auf die Kreditgestaltung, so daß der Landwirtschaft das Betriebskapital zu tragbaren Zinsen gesichert werde, sowie eine Regulierung der Preisgestaltung. Es müsse erneut die Forderung erhoben werden, einen Sonderausschuß beim Reichskabinet einzusetzen, der die notwendigen Maßnahmen prüfen und für ihre schleunige Durchführung sorgen soll. Wenn auch dieser Appell wirkungslos verbleibe, trage die Reichsregierung die Verantwortung für die unabwendbare Lähmung der landwirtschaftlichen Produktion.

In der Versammlung, die vom Präsidenten Graf v. Kalckreuth eröffnet wurde, nahm auch der Reichslandwirtschaftsminister Graf Kanitz das Wort, der die Grüße des Reichskanzlers und der Reichsregierung überbrachte. Er betonte, daß man jetzt vor der dringenden Frage stehe:

„Was wird aus der deutschen Landwirtschaft?“

dann übersehen, wenn man sich von vornherein über die eigentlichen Ursachen des Niederganges der deutschen Landwirtschaft klar werde. Erst dann könne der Hebel richtig angelegt und mit neuem Mut an die Arbeit gegangen werden. Bisher sei es noch das richtige Verständnis dafür, was sich eigentlich mit dem Sturz der deutschen Währung wirtschaftlich vollgezogen hat. Man müsse nur an die Tatsache denken, daß in Jahre 1914 allein das Kapitalvermögen der landwirtschaftlichen Genossenschaften zwischen 2 und 3 Millionen Mark betrug und am 1. Oktober 1925 auf insgesamt nur 80 000 Goldmark geschätzt worden sei. Es sei klar, daß viele Jahre nötig seien würden, um wieder einen nennenswerten Kapitalzuersparen. Gegenüber Vorwürfen erklärte der Minister, es stehe für ihn zwar fest, daß die deutsche Wirtschaft unrettbar verloren sei, falls es nicht gelinge, die Landwirtschaft lebendig intensiv zu halten. Andererseits sei aber die deutsche Kreditkette zu kurz, um genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, die überall und restlos eine Intensivwirtschaft ermöglichen. Es werde deshalb in Zukunft nötig sein, daß der Einzelkredit auf dem Gebiete intensiv wirtschaftet, auf dem sich die Intensivierung von Kapital reichlich lohnt. Bisher sei teilweise hier etwas zu schematisch gearbeitet worden. Es werde nur eine beschränkte Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben geben, die in Zukunft mit gutem Gewissen alle landwirtschaftlichen Produktionszweige betreiben könnten. Das letzte Quartal 1925 umfasse eine geradezu katastrophale Anzahl von Fälligkeitsterminen für landwirtschaftliche Wechsel. Es stehe fest, daß die in zwei Raten kontrahierten Schuldverbindlichkeiten nicht aus dem Ertrage einer Ernte abgedeckt werden könnten. Abgesehen von der Rückzahlung der ersten Rate der Rentenbankwechsel zum 16. November, die nicht prolongiert werden können, sei Vorsorge getroffen, daß die Fälligkeitstermine für die übrigen Verbindlichkeiten elastischer gestaltet werden. Aber Teilzahlungen müßten geleistet werden. Es stehe außer Zweifel, daß noch schwere Jahre vor uns liegen. Man wird sich aber langsam in die Höhe sparen müssen. Kapital wird in absehbarer Zukunft in der Landwirtschaft schwerlich nicht erworben, sondern erpart werden. Es müsse der Mut zur Arbeit aufgebracht werden. Die staatliche Fürsorge für die Landwirtschaft werde sich vorläufig hauptsächlich darin zeigen, daß die größten Härten bei der Fälligkeit von Verbindlichkeiten durch Einwirkung auf die Kreditinstitute vermieden werden und daß weiter alle irgendwie erkennbaren Kreditquellen zur Erschließung sommerlicher Aufgabe der nachgeordneten Institute auf dem Lande müsse es sein, zusammen mit den öffentlichen rechtlichen Berufsvertretungen der Landwirtschaft dafür zu sorgen, daß sich das Entgegenkommen der Sparkassen bis zum Kreditnehmer auswirke. Die landwirtschaftlichen Berufsorganisationen würden sich ein großes vaterländisches Verdienst erwerben, wenn sie die Dinge schonungslos beim richtigen Namen nennen und bei ihren Mitgliedern nicht die Hoffnung auf eine Verbesserung über Nacht aufkommen lassen.

Der Minister schloß: Der Reichslandbund, dessen ich ich sicher, wird die Zeichen der Zeit verstehen, daß aus dem Fanal „Bauer in Rot“ die einzig richtige Konsequenz gezogen wird, die für jeden einzelnen heißen muß:

„Auf zum Kampf um die Ernährungssicherheit und um das Leben des deutschen Volkes.“

Die Reichsregierung, dessen seien Sie gewiß, wird in diesem Entscheidungslampfen in vorbestimmter Reihe stehen.

Hoersch bei Briand

Botschafter v. Hoersch hat gestern nachmittag dem Außenminister Briand einen Besuch abgestattet und mit ihm eine Unterredung über die Abrüstungsfrage geführt. Dieser Unterredung wird große Bedeutung beigemessen, da sie im Anschluß an die Aussprache erfolgte, die Briand am Dienstagabend in der Abrüstungsfrage mit Chamberlain hatte.

Zum kommunistischen Antrag auf Reichstagsauflösung

Im Auftrage des Vorstandes der kommunistischen Reichstagsfraktion hat der Reichstagsabgeordnete Söder gestern an den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion folgendes